



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

MASSENEINWANDERUNG VON UNO UND EU GEWOLLT!

Wann werden unsere Staatsgrenzen endlich wieder geschützt?

Es wird immer offenkundiger: Masseneinwanderung, Bevölkerungsaustausch, Invasion - wie manche das sehen -, oder wie immer man die „Entwicklung“ der letzten Jahrzehnte bezeichnen will, sind kein Zufall, kein „Versagen“ oder ähnliches, sondern von mächtigen Kreisen gewollt und „gemacht“. Daher ist auch nicht zu erwarten, daß diese von genau diesen gestoppt werden wird - ganz im Gegenteil! Es zeichnet sich auch immer mehr ab, daß die jetzige **Bundesregierung** - ebenso wie die Regierungen davor - den **Vorgaben von EU und UNO** Folge leisten und keine wesentlichen Schritte zum Schutz der heimischen Bevölkerung unternehmen wird, auch wenn in der Propaganda in den Medien zum bei weitem überwiegenden Teil ein anderer Eindruck erweckt wird. Nur ganz selten erfahren wir über die Medien die **wirkliche Lage**; eine dieser Ausnahmen war ein in der „Kronen-Zeitung“ vom 7.8.2018 abgedrucktes Interview von Dr. Tassilo Wallentin mit einem der erfahrensten Asylrichter Österreichs, **DDr. Friedrich Kinzlbauer**, der u.a. bestätigte, daß es noch immer keine Grenzkontrol-

len in Österreich gäbe und daß das **Asylrecht auch von der neuen Regierung nicht verschärft** wurde. Im Original-Wortlaut:

„Die Anzahl der bei Gericht anhängigen Asylverfahren wird Ende 2018 der Einwohnerzahl der Landeshauptstadt St. Pölten entsprechen. Zum Vergleich: Letztes Jahr wurden in Österreich 25.000 Anträge gestellt - in Polen waren es nur 5.000 und in Ungarn nur 3.500. **Auch heuer dürfen wieder 25.000 neue Asylanträge in Österreich gestellt werden.** Und zusätzlich dazu wird uns auch noch der Familiennachzug aus dem Jahre 2015 beschäftigen, als an die 90.000 Asylanträge gestellt wurden. **Die Grenzen sind weiterhin nicht dicht!** Wären sie es, gäbe es auch keine illegalen Einreisen nach Österreich. In Österreich liegt die Möglichkeit, für gewisse Länderangehörige Asyl zu bekommen, noch immer bei 70 %, in Polen hingegen bei nur 5 %. Das sogenannte Fremdenrechtspaket bringt keine Vorteile im Verfahren, im Gegenteil. Der Verwaltungsaufwand wurde sogar erhöht. **Österreich nimmt auch weiterhin viel mehr Asylwerber von anderen Staaten zurück, als wir in andere**

Staaten überstellen. Und zu den Abschiebungen ist festzustellen, daß die Mehrheit der Abgeschobenen freiwillig ausgereist ist. Dieses Phänomen ist damit zu erklären, daß diese Personen bei freiwilliger Ausreise **Rückkehrgeld** von Österreich erhalten. Wieviele von ihnen nachher wieder illegal nach Österreich einreisen, darüber gibt es keine Statistiken.“ (Quelle: <https://www.krone.at/1750288>)

Auf internationaler Ebene stehen alle Zeichen in Richtung **Legalisierung der Einwanderung**. Was bisher illegal war soll Schritt für Schritt legalisiert werden, womit jegliche Handhabe zur Eindämmung verloren gehen wird, da man sich dann nicht einmal mehr auf eine geltende Rechtslage berufen wird können. Und die österreichische Regierung spielt dabei überall mit, wie alle EU-Staaten mit der einzigen **Ausnahme Ungarn**. Daran sieht man, daß es sehr wohl möglich ist, eine andere Haltung einzunehmen.

Die Marrakesch-Deklaration

Am 2.5.2018 haben im Rahmen einer Außenministerkonferenz in Marokko 57 Staaten aus der EU und afrikanischen „Partnerländern“ nach mehrjährigen Verhandlungen dieses

Zu den drei Oktober-Volksbegehren	Seite 3
Info-Stand-Kundgebungs-Termine	Seite 4
Volksbefragung DIREKTE DEMOKRATIE	Seiten 5/6
Interview zum EU-AUSTRITT	Seiten 7/8
Offener Brief an Minister Hofer	Seiten 9/10
Betäubungsloses Schächten verbieten!	Seiten 10/11
Globale Dimension der Völkerwanderung	Rückseite

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

Abkommen unterzeichnet, das von unabhängigen Beobachtern als weitaus **Türöffner für die Massmigration aus Afrika in die EU** bewertet wird und bei dem auch ein Aktionsplan für 2018 bis 2020 angenommen wurde. Es geht bei diesem Pakt um die Entwicklung von Strategien zur Legalisierung dieser Migration. Die 8 Seiten umfassende Marrakesch-Erklärung enthält „**Verpflichtungen** zur Förderung einer ausgewogenen Haltung zu Migration, Diaspora, und zu einem Beitrag zur Entwicklung von Gesellschaften in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern“. Der **ungarische Außenminister** begründete die **Ablehnung** dieser Deklaration damit, daß diese „die Migration als ein ‚notwendiges, positives Phänomen‘ darstelle. Wir denken, daß dies eine unausgewogene Herangehensweise ist und mißbilligen sie.“ Auf der Internetseite der ungarischen Regierung wurde das damit begründet, daß angenommen werden muß, daß im Rahmen des „Rabat-Prozesses“ es zu einer neuen Migrationswelle kommen werde. In einem offiziellen, der WEGWARTE-Redaktion vorliegenden Schreiben des österreichischen Außenministeriums vom 30.7.2018 liest sich die Bestätigung und Begründung für die **Zustimmung Österreichs** zur Marrakesch-Deklaration wörtlich wie folgt:

„ Dabei handelt es sich nicht um ein rechtsverbindliches Abkommen, sondern um eine politische Erklärung und einen Aktionsplan, aus

welchem Österreich keine rechtlichen Verpflichtungen erwachsen. ... Österreich war bei der Ministerkonferenz in Marrakesch aufgrund einer terminlichen Verhinderung der Außenministerin (*Dr. Karin Kneissl, Anm.*) durch die Leiterin der Sektion IV des Bundesministeriums ‚für Europa, Integration und Äußeres‘ vertreten.“ Also auf gut Deutsch: es wurden Verpflichtungen unterzeichnet, die aber keine Verpflichtungen seien. Sie werden nur aufgrund des offensichtlichen gemeinsamen politischen Willens durchgeführt werden! Eine Kopie dieses Schreibens kann auf Anfrage gerne zugesandt werden.

Der globale UNO-Migrationspakt

Am 10. und 11. Dezember 2018 wird in Marokko der „**Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration**“ von mehr als 190 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UNO) endgültig verabschiedet werden, was aber wohl nur mehr eine Formsache sein dürfte. Denn die politische Einigung für den 34 Seiten umfassenden Pakt ist bereits am 13. Juli 2018 in New York erfolgt. Damit würden globale **Wirtschaftsmigranten den Flüchtlingen gleichgestellt** werden. Migration wird dann zum globalen Menschenrecht. In der Praxis kann das bedeuten, daß selbst illegale Migranten nicht in ihre Herkunftsländer ausgewiesen werden können. Denn dies könnte nach den neuen UN-Richtlinien ge-

gen die „Menschenrechte“ verstoßen. Je nach rechtlicher Auslegung könnten dann sogar illegale Grenzübertreite nicht mehr kriminalisiert werden. Das bedeutet, wann immer Menschen sich „in einer schwierigen Lage“ befinden, können sie nach Europa kommen. Das können Schwierigkeiten wie Ernährungsunsicherheit, Armut oder Opfer der „Folgen des Klimawandels“ sein. Im Grunde handelt es sich um ein **riesiges Umsiedlungsprogramm**. (Quelle: „Die freie Welt, Internet- und Blog-Zeitschrift für die Zivilgesellschaft“, u.a.)

Die **USA** sind dem globalen UNO-Migrationspakt („Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“) **nicht** beigetreten. Als einziger EU-Staat hat **Ungarn** angekündigt, sich aus diesem Pakt zurückzuziehen. Von der **österreichischen** Regierung, die ja angetreten ist mit dem Wahlversprechen einer restriktiven Einwanderungspolitik, hört man bisher **keine solchen Signale**.

In wirklichen Demokratien müßte die Unterzeichnung solcher Abkommen/Pakte an die Abhaltung und das Ergebnis von **Volksabstimmungen** gebunden sein, da sie ja massive Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung des jeweiligen Staates haben werden. Im Regierungsprogramm sind jedoch nicht nur das gesamte EU-Recht und die Verfassung, sondern auch internationale Verträge ausdrücklich vom Recht auf Volksabstimmung **ausgeschlossen!**

INTEGRATION IST KEINE LÖSUNG!

Von allen Seiten wird uns gepredigt, daß die Einwanderer nur möglichst gut „integriert“ werden müßten, dann wären alle Probleme gelöst. Der Staat (dh alle Steuerzahler, auch die, die „nur“ Mehrwertsteuer bei jedem täglichen Einkauf zahlen) gibt dafür Unsummen aus. Es gibt ja auch ein eigenes Ministerium, das sich unter rot und schwarz genauso wie unter schwarz und blau „Integrationsministerium“ nennt, früher unter Kurz, heute unter Kneissl. Die Erfolge („Deutsch- und Wertekurse“) waren schon früher und werden auch jetzt sehr dürftig sein, um es vorsichtig auszudrücken. Man kann Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen und Lebenswirklichkeiten nicht in ganz andere verpflanzen, sprich „integrieren“, und sollte das auch gar nicht. Jeder hat ein Recht auf **eigene Identität, Traditionen, Werthaltungen** usw. Bewohner von Wüstenregionen oder solchen mit für unsere Begriffe extrem hoher Luftfeuchtigkeit (Tropen, Dschungel) und gänzlich anderer Geschichte über Generationen hinweg müssen ganz andere Verhaltensweisen entwickeln, die ihr Leben von Kindheit an prägen, mal ganz abgesehen von der Religion. Diese kann man nicht einfach irgendwo

anders hin in den für ihre Begriffe kalten Norden (sprich Europa) hin transferieren. Wir sind überzeugt davon, daß die sicher von finanzkräftigen internationalen Kreisen und NGOs finanzierten Schlepper, die ihnen das einreden, die Betroffenen genauso unglücklich machen wie uns, bei denen sie „integriert“ werden sollen. **Beide Seiten verlieren in diesem gnadenlosen „Bevölkerungsaustausch“!** Denn davon muß man bei inzwischen offiziell ausgewiesenen rund zwei Millionen Österreichern „mit Migrationshintergrund“ bei gemäß seriösen Schätzungen rund 50.000 Abtreibungen pro Jahr in Österreich (Quelle: *Dr. Adam, Obmann von pro-Vita*) seit dem Beschluß der „Fristenlösung“ 1974 durch die damalige SPÖ-Alleinregierung im Parlament ausgehen, insgesamt also rund 2.2 Millionen. Dort liegt die wirkliche Ursache für den „Facharbeitermangel“ im eigenen Land und damit auch eine tragfähige Lösung für die Zukunft! Denn diese fast 100-prozentig gesunden Kinder, die niemals das Licht der Welt erblicken durften und die wohl ganz bewußt nicht einmal in einer Statistik aufscheinen dürfen, fehlen heute - auch der Wirtschaft - an allen Ecken und Enden!

VOLKSBEGEHREN IM OKTOBER 2018

In der ersten Oktoberwoche findet die „**Eintragungswoche**“ für gleich drei Volksbegehren gleichzeitig statt. Auf zahlreiche diesbezügliche Anfragen bei uns hier nur einige Stichworte aus unserer Sicht dazu, mit der wir es sicher nicht jedem recht machen **können**. Grundsätzlich ist jede korrekte Meinungsfeststellung der Bürger zu Sachthemen zu begrüßen, entscheiden sollte dann aber eine Ja/Nein-**Volksabstimmung**, um die **Mehrheit** aller Stimmbürger in der jeweiligen Sachfrage erkennen zu können. Text und die wichtige **Begründung** aller Volksbegehren können auf der Homepage des Innenministeriums nachgelesen werden.

Zum Volksbegehren „Don't smoke“:

Das Hauptargument der weltweit von WHO, EU usw. vorangetriebenen **Anti-Tabak-Gesetzgebung** ist das sogenannte „Passivrauchen“, also die gesundheitlichen Auswirkungen auf Andere. Aber gerade diese sind sehr umstritten, wie der bekannte Umweltjournalist Klaus Faißner, selbst langjähriger Nichtraucher, in einem fundierten Artikel darlegt (siehe www.allesroger.at/artikel/pharmaindustriejubelt-ueber-tabakverbote). Zweifelsfrei fest steht aber, daß die Raucherentwöhnung ein weltweites **Milliardengeschäft für die Pharmaindustrie** ist und damit indirekt teilweise auch für die Ärzteschaft. Nikotinersatzprodukte sind seit Jahren „der Renner“ für Konzerne, Antiraucherpillen haben schwere Nebenwirkungen. Ist es wirklich richtig, **Gastwirten**, die ihren Betrieb durch Eigenleistung

selbst aufgebaut und finanziert haben, vorzuschreiben, daß sie Gäste, die rauchen, wegschicken müssen und daß dies durch aggressive „Rauchersheriffs“ kontrolliert wird? Genügen die vorgeschriebenen, getrennten Räume nicht? Eine Verstärkung des Gasthaussterbens würde übrigens auch die Nichtraucher und dann arbeitslosen Kellner treffen. **Auto- und Flugzeuglärm** schädigen mit Sicherheit die Gesundheit von uns allen, aber das war noch nie ein Thema für die Weltgesundheitsorganisation oder die Ärztekammer.

Zum „Frauen-Volksbegehren“:

Bei diesem handelt es sich unserer Meinung nach um eine ganz klare Positionierung **gegen die Familie** und für einen unsinnigen „**Geschlechterkampf**“, der Frauen und Männer quasi als Gegner betrachtet. Und vor allem um eine weitere Auslieferung der Frauen primär an die „Wirtschaft“. Daher auch in der offiziellen Begründung des Volksbegehrens enthaltene Forderungen auf staatlich finanzierte „Kinderaufbewahrung“ möglichst schon im Kleinkindalter, Abtreibung auf Krankenschein, kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln usw. Das Wort **MUTTER** kommt in der gesamten **Begründung** des Volksbegehrens kein einziges Mal vor und das Wort **Kind** nur sehr am Rande. Und genauso gefühl- und herzlos empfinden wir die gesamte Definition von FRAU in diesem Text, die der wirklichen gesellschafts- und zukunftsbildenden, emotionalen Bedeutung der Frau als Ehepartnerin oder zumindest Lebensgefährtin eines Mannes in kei-

ner Weise Rechnung trägt. Richtig in der Volksbegehrens begründung ist die Forderung auf gleichen Lohn für gleiche Leistungen, fast alles andere ist gesellschaftszerstörend.

Zum Volksbegehren gegen die ORF-Gebühren:

Die Stoßrichtung dieses Volksbegehrens in Richtung Abschaffung des parteipolitischen, in Wahrheit vor allem Regierungs-Einflusses auf den ORF ist sicher zu begrüßen. Waren es bis vor kurzem noch SPÖ und ÖVP, die den ORF dominierten, so sind es eben jetzt ÖVP und FPÖ, auch letztere bekam inzwischen dort wichtige Positionen. Das ist aber für alle Hörer und Seher ersichtlich und dementsprechend kann jeder die vorgesetzten „Informationen“ einschätzen. Weniger bewußt ist vielen Menschen der enorme Einfluß der (meist) Großkonzerne auf die Berichterstattung durch deren allgegenwärtige **Werbeeinschaltungen** in vielen Sendungen auch und gerade im (politischen) Nachrichtenbereich. Dort müßte man unserer Meinung nach wirklich ansetzen. Ein öffentlich-rechtlicher, vom Staat und uns allen per Gebühren finanzierter Rundfunk sollte frei von jeglicher Firmenwerbung und damit Beeinflussung der Berichterstattung sein! Diese Forderung ist aber im Volksbegehren nicht enthalten. Ohne Gebühren (fast) des gesamten Staatsvolkes wären weder der Kultur- und Dokumentations-Sender **ORF III** noch Ö1 im Hörfunk noch der Sender **ORF-Sport**, der auch über viele „Randsportarten“ und damit die Leistungen von Amateuren statt hochbezahlten „Profis“ informiert, finanzierbar.

Unglaubliches zu CETA:

Die kanadische Regierung wäre bereit dem Wunsch der Wallonie zu entsprechen und die Schiedsgerichte aus CETA zu entfernen. Die

EU Kommission besteht weiter darauf, weil den USA versprochen wurde, daß ihre Konzerne über kanadische Zweigstellen auch ohne TTIP Staaten verklagen können, wenn Gesetze ihre Profite schmälern.

Quelle: Fabio De Masi, Abgeordneter des EU-Parlaments

www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE

28. Jahrgang, Folge 4, September 2018, ZulassungsNr. "02Z033544S" Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien, Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net,

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 30.08.2018, **Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW**

Die Adressen der zum Großteil langjährigen WEGWARTE-Empfänger wurden und werden ausschließlich zum Versand dieses für die Empfänger mit keinerlei Verpflichtungen verbundenen Mitteilungsblattes verwendet und für keinerlei andere Zwecke. Selbstverständlich wurden diese in all den Jahren und werden auch weiterhin nicht an Dritte weitergegeben. Wer keine weiteren Zusendungen wünscht, bitte um entspr. Mitteilung.



EU - einfach erklärt

Erstens zahlen alle Mitgliedstaaten, sowohl als Nettozahler als auch die Nettoempfänger, einen gewissen Bruttobeitrag aus ihrem Budget nach Brüssel. Dort werden zuerst Gelder zur Erhaltung des Bürokratenmolochs einbehalten und dann werden nach festgelegten Verteilungsschlüsseln und eingelangten Anträgen und **nach Gutdünken von EU-Bürokraten** wiederum Gelder für alle möglichen, sinnigen und unsinnigen, Projekte zurücküberwiesen, wobei die einzelnen Mitgliedsländer zu diversen Co-Finanzierungen verpflichtet werden. Dies bedeutet, daß die Staatsbudgets aller Mitgliedsländer gleich zwei Mal zur Kasse gebeten werden, egal ob Nettozahler oder Nettoempfänger. Dies läßt die einzelnen Mitgliedstaaten und deren **Volksvermögen** langsam aber sicher **ausbluten**, weshalb die Briten den Brexit, also den Ausstieg aus dieser Umverteilungsmaschinerie gewählt haben.

Zweitens stellt sich die Frage, wie die **Wertschöpfung** innerhalb der EU wirtschaftlich verteilt wird? Dazu 2 Fakten: seit unserem Beitritt 1995 ist **kein nennenswerter Zuwachs beim Nettolohn** (Bruttolohn minus Inflationsrate) zu verzeichnen gewesen, **während die Aktienkurse** seither **deutlich angestiegen** sind, der ATX von knapp 1.000 Punkten im Jänner 1995 auf gut 3.400 Punkte im Juli 2018 = ein Plus von rd. 240%. Beim DAX fiel diese Entwicklung aufgrund der größeren Konzernstrukturen im gleichen Zeitraum noch viel deutlicher aus - von rd. 2.000 Punkten auf rd. 12.800 Punkte = ein Plus von rd. **540%**. Dies zeigt eindrucksvoll, daß bei der Wertschöpfung eine markante **Umverteilung von den Bürgern zu den Konzernen** stattgefunden hat.

Aufgrund dieser Fakten und einer unumkehrbaren wirtschaftlichen Entwicklung möge sich nun jeder selbst die Frage beantworten, wem diese EU mehr nützt, den Bürgern oder den Konzernen?

DDr. Werner Königshofer
6112 Wattens

Anmerkung der Redaktion:
DDr. Werner Königshofer ist Absolvent von zwei Studienrichtungen, Geschichte und Germanistik sowie Jus, und verfügt über eine 13-jährige Berufserfahrung im Finanz-, Bank- und Kreditwesen. Anschließend wirkte er für die FPÖ 5 Jahre als Abgeordneter für Tirol im Bundesrat und 3 Jahre als Abgeordneter im Nationalrat. 2011 wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

ANFORDERUNG FÜR „NEWSLETTER“

Seit einigen Monaten senden wir auch einen informellen, für die Empfänger kostenlosen „Newsletter“ etwa alle zwei/drei Wochen per E-mail über aktuelle Ereignisse an Sympathisanten, die diesen bei uns bestellt haben. Wer diesen in Zukunft auch erhalten möchte, bitte um entspr. Mitteilung an: ihu@a1.net

Info-Stand-Kundgebungen für Direkte Demokratie im September und Oktober - Mithelfer sehr willkommen!

Die Informations- und Unterschriftenarbeit für die Einführung einer echten direkte Demokratie in Österreich geht auch im September und Oktober weiter. Von 3. bis 5.9. führten wir Kundgebungen in Vorarlberg durch, am 6.9. in Salzburg-Stadt. Am 19. September sind wir in **St. Pölten** in der Kremsergasse/Ecke Domgasse, am 20.9. in **Salzburg** am Schranenmarkt (von 8 bis 13 Uhr/Ausnahme!), am 21.9. in **Linz** am Taubenmarkt beim Brunnen, am 26.9. in **Wien-Floridsdorf** vorm Schnellbahnhof/U-6-Endstation, am 17.9. in **St. Pölten** in der Kremsergasse/Ecke Domgasse, am 28.9. in **Tulln** am Hauptplatz vor der „Rosen-Arkade“, am 2. Oktober in **Wien-Mariahilferstraße** in der „Begegnungszone“, am 3.10. in **Wien-Kagran** vor der U-1-Station gegenüber „Donauzentrum“, am 5.10. in **Krems** in der

Landstraße gegenüber „Mohren-Apotheke“, am 6.10. in **Wien-Favoriten** am Viktor-Adler-Markt, am 12.10. in **Tulln** am Hauptplatz vor der „Rosen-Arkade“, am 13.10. in **Wien-Mariahilferstraße** in der Begegnungszone, am 15.10. in **Wr. Neustadt** am Hauptplatz neben Rathaus, am 16.10. in **Leoben** am Hauptplatz gegenüber City-Center, am 17.10. in **Graz** am Jakominiplatz auf der Verkehrsinsel in der Mitte, am 18.10. in **Graz** am Hauptplatz/Ecke Sporgasse, am 19.10. in **Graz** am Jakominiplatz auf der Verkehrsinsel in der Mitte, am 20.10. in **Klagenfurt** am Alten Platz Nähe Einmündung Kramergasse, am 22.10. in **Villach** am Hauptplatz, am 23.10. in **Klagenfurt** am Alten Platz Nähe Einmündung Kramergasse, am 24.10. in **Leoben** am Hauptplatz gegenüber „City-Center“, am 29.10. in **Wien/**

Favoriten am Viktor-Adler-Markt, am 30.10. in **Wien-Ottakring** vor der U3-Endstation stadtsseitig.

Alle Kundgebungen finden jeweils von 9 bis ca. 17 Uhr statt und entfallen nur bei extremem Schlechtwetter oder sonstiger „höherer Gewalt“ wie Behördenproblemen u.ä. Nutzen auch Sie diese Gelegenheit, mit vielen Mitbürgern über die direkte Demokratie zu sprechen und einschlägige Informationen zu verteilen - und sei es nur für einige Stunden. Wer noch nicht unterschrieben hat, möge bitte das nebenstehende **Unterschriftenblatt herausnehmen** und/oder **weiterverbreiten**.

Webseite:

www.volksbefragung-direkte-demokratie.at

VOLKSBEFRAGUNG

FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

nach Schweizer Muster bei allen wichtigen Themen

Im Koalitionsabkommen der ÖVP-geführten Bundesregierung wird einer wirklichen direkten Demokratie eine klare Absage erteilt. Eine tatsächliche Stärkung der Demokratie kann daher nur durch das Volk selbst vorangetrieben werden. Deshalb laden wir alle österreichischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen ein, sich für eine VOLKSBEFRAGUNG (gemäß Bundesgesetzblatt 356/1989 u. ff.) zur Einführung der direkten Demokratie nach Schweizer Muster auch in Österreich mittels **umseitiger „Parlamentarischer Bürgerinitiative“** persönlich auszusprechen. Eine solche Volksbefragung kann jederzeit durch die Parlaments-Abgeordneten, die per Verfassung dem freien Mandat verpflichtet sind, mit einfacher Mehrheit beschlossen und im Anschluß auch zur Durchführung gebracht werden.

Eine echte direkte Demokratie umfaßt genau die Verfahrensregeln für „VOLKSINITIATIVEN“, die sich seit über 100 Jahren in der Schweiz in der Praxis wie folgt bewährt haben. Diese wollen wir auch in Österreich!

1. Für jede Initiative, für die mindestens **hunderttausend** Unterstützungsunterschriften österreichischer Staatsbürger binnen 18 Monaten erreicht werden, ist zwingend eine Volksabstimmung abzuhalten, deren Ergebnis für Parlament und Regierung bindend ist. Die 100.000 Einleitungsunterschriften können - wie in der Schweiz - frei gesammelt werden; die Schikane des dafür dzt. bei Volksbegehren erforderlichen Weges zum Gemeindeamt/Magistrat/Notar entfällt. Die tatsächliche (Mehrheits-)Entscheidung fällt erst bei der Volksabstimmung selbst.

2. Für Initiativen, die zu Volksabstimmungen führen, gibt es gemäß dem demokratischen Grundprinzip „Das Recht geht vom Volk aus“ **keinerlei von Regierung, Parlament oder EU vorgegebene inhaltliche Einschränkungen**. Internationale Verträge, z.B. Handelsabkommen, sowie Änderungen der österreichischen Bundesverfassung können aber sehr wohl - wie schon im dzt. Volksbegehrensrecht - auch Gegenstand von Volksabstimmungen sein, die vom Volk

herbeigeführt werden. Auch das Parlament beschließt fast jedes Jahr Verfassungsänderungen. Gegenstand einer „VOLKSINITIATIVE“ kann analog zur Schweiz eine allgemeine Anregung oder ein ausgearbeiteter Entwurf sein, ausgenommen Grundsätze des traditionellen Völkerrechts einschließlich der Menschenrechte.

3. Die jeweilige **Volksabstimmung** ist binnen eines Jahres nach der Einreichung der mindestens **100.000** Unterstützungsunterschriften durchzuführen. Die Information der Bevölkerung erfolgt wie in der Schweiz durch ein offizielles „**Abstimmungsbüchlein**“, das allen Haushalten in ganz Österreich auf Staatskosten zugeschickt wird. In diesem wird der Stimmzettel mit der genauen Fragestellung abgebildet, über Örtlichkeiten und Öffnungszeiten der Abstimmungslokale informiert, und haben in diesem sowohl die Initiatoren/Erstunterzeichner der jeweiligen Volksinitiative als auch die Regierung das Recht, ihre sachliche Position in gleichem Umfang darzulegen. Damit ist populistischer Mißbrauch ausgeschlossen.

Es entscheidet die **Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, unabhängig von der Höhe der Stimmbeteiligung**. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist von Parlament und Regierung binnen einem Jahr in die Tat umzusetzen (Gesetzes- und/oder Regierungsbeschluß).

4. Zusätzlich zur beschriebenen „VOLKSINITIATIVE“ soll in Österreich auch eine **VETO-VOLKSABSTIMMUNG gegen bereits vom Parlament beschlossene Gesetze** möglich werden. Für diese gelten die gleichen Verfahrensregeln wie für die „VOLKSINITIATIVE“; die zur Einleitung der Veto-Volksabstimmung erforderliche Mindestanzahl an Unterstützungsunterschriften soll - wie in der Schweiz - **50.000** betragen. Das direkt-demokratische Instrument der Veto-Volksabstimmung soll endlich den Bürgern auch insbesondere in jenen Fällen eine Handhabe geben, wo klare Versprechen der Parteien vor der Wahl dann in Parlament und Regierung nach der Wahl gebrochen werden.

*Sobald mindestens 20.000 Unterschriften für obige Volksbefragung gemäß umseitiger **parlamentarischer Bürgerinitiative** bei uns einlangen, werden diese gesetzeskonform in der Parlamentsdirektion eingereicht und alle Unterschreiber über die weitere Vorgangsweise informiert. Vielen Dank im voraus allen Mitbürgern und Mitbürgerinnen, die sich für das Sammeln der Unterschriften und die Weiterverbreitung dieses Anliegens engagieren!*

Betreiber: **Unabhängige „Initiative Heimat & Umwelt“**; Erstunterzeichner und Sprecher: **Renate ZITTMAYR** und **Helmut SCHRAMM**, www.volksbefragung-direkte-demokratie.at

INTERVIEW ZUM EU-AUSTRITT IN „ALLES ROGER?“

In der Juli-Ausgabe des neuen Monatsmagazins „alles roger?“ wurde ein Interview des Chefredakteurs Roland Hofbauer mit IHU-Obfrau Inge Rauscher abgedruckt, der Initiatorin des EU-Austritts-Volksbegehrens vom Juni 2015. Laut Mitteilung der Chefredaktion hatte dieses Interview „eine enorme Resonanz“ ausgelöst. Es wurde von der Redaktion auch auf deren facebook-Seite gestellt, und eine der interessantesten Reaktionen darauf war die Zusendung umseitigen Plakates eines Sympathisanten. Nachstehend der komplette Wortlaut des Interviews in „alles roger?“, das immer ab Monatsanfang in Trafiken erhältlich ist (notfalls auf Bestellung) und auch abonniert werden kann.

www.jazumoexit.at

Vor drei Jahren fand die Eintragungswoche des EU-Austritts-Volksbegehrens statt. Trotz eines Medienboykotts erreichte es 261.000 Unterschriften und sorgte damit für ein kleineres Erdbeben im Land.

alles roger? sprach mit der Initiatorin Inge Rauscher über die Auswirkungen des Volksbegehrens, Gründe für einen Öxit und warum sie die FPÖ nicht mehr unterstützt.

Interview: Roland Hofbauer



Waren Sie überrascht, daß das EU-Austritts-Volksbegehren 2015 rund 261.000 Unterschriften erreichte?

Wir haben dieses Ergebnis weitgehend ohne Medienunterstützung erreicht. Und daher ist es natürlich enorm gewesen, was auch die Stärke der Basisbewegung in Österreich gezeigt hat.

Wie haben die Medien und die Politik generell darauf reagiert?

Natürlich hat das System nicht sofort darauf reagiert. Aber registriert haben es sicher alle. Es hat ja auch verschiedene Weiterentwicklungen zur Folge gehabt, denn die FPÖ-Fraktion hat dann im Parlament einen Antrag auf Volksbefragung über den EU-Austritt gestellt. An den können sie sich heute offensichtlich nicht mehr erinnern.

Was hat das Volksbegehren rückwirkend gesehen gebracht?

Eine Themenentwicklung. Als wir mit der Volksbegehrensarbeit begonnen haben, sagten viele Leute: „Ihr seid ja blöd, ein Austritt ist ja rechtlich gar nicht möglich.“ Am Ende war es ein anerkanntes Thema.

Was sind die wichtigsten Gründe für einen EU-Austritt?

Es gibt sehr viele Gründe. Der wichtigste für uns Betreiber des damaligen Volksbegehrens war der Verlust der Selbstbestimmung. Es ist besser, in Österreich Entscheidungen für unsere Bürger zu treffen als in Brüssel, wo ja ganz andere Verhältnisse herrschen. Diese vielen unsinnigen Verordnungen - vom Bräunungsgrad der Pommes frites bis zum Verbot der Glühbirnen - zeigen, dass man die Leute drangsalieren und rechtlos sowie unmündig machen will. Natürlich ist auch der Verlust der Demokratie, der eben mit dem Verlust der Selbstbestimmung einhergeht, ein Austrittsgrund. Die EU-Kommissare sind nicht gewählt, das sogenannte EU-Parlament hat keine Gesetzgebungsbefugnis und eine direkte Demokratie wie in der Schweiz ist in der EU de facto unmöglich. Nun soll die EU im Gegenteil noch weiter zentralisiert und den Staaten die Budgethoheit genommen werden. Dieser Weg führt nicht in die Zukunft.

Auch die Probleme mit der Masseneinwanderung hängen mit der EU zusammen. Deren Credo der „offenen Grenzen“ hat diese überhaupt erst ermöglicht, bis hin zur damit verbundenen heutigen Kriminalität. Ein weiterer Punkt ist die Neutralität, die mit dem EU-Beitritt sofort verloren gegangen ist. Man muß bedenken, 25 der 28 EU-Mitglieder sind gleichzeitig NATO-Mitglieder. Bundeskanzler Kurz hat das PESCO-Abkommen unterschrieben, die sogenannte ständige strukturierte militärische Zusammenarbeit der EU-Staaten, und das bedeutet den Ausbau einer NATO-kompatiblen EU-Armee. Wie kann ein neutrales Land Frieden gestalten, wenn man einer Armee beiträgt, die mit dem NATO-Angriffsbündnis im Einklang steht?

EU-Befürworter erklären immer, im Falle eines Austritts würde Österreich wirtschaftlich untergehen. Wie sehen Sie das?

Durch die Einheitswährung Euro ist bei uns ein enormer Kaufkraftverlust eingetreten und eine enorme Teuerung. Das spürt jeder Bürger in seiner Brieftasche. Und das hängt damit zusammen, daß schwächere Volkswirtschaften wie Italien, Spanien oder Portugal durch den Euro nicht mehr abwerten können und in große Probleme geraten sind. Über den EU-Vertrag mußten stärkere Volkswirtschaften wie Österreich für Schulden anderer Länder haften. Zusätzlich zahlt Österreich weit mehr in die EU hinein als es wieder herausbekommt. Der ganze Weg hat zu einer Verarmung unserer Bevölkerung geführt. Und zu einer steigenden Kluft zwischen Arm und Reich. Die EU ist wirtschaftlich kein Erfolgsprojekt. Das Bauernsterben steigerte sich seit dem EU-Beitritt, wir haben heute so gut wie keine Textil- oder Schuhindustrie in Österreich.

Wie sehen Sie die Entwicklung in Großbritannien vor dem Brexit?

Der Brexit wird kommen. Er wird in unseren Medien aber immer negativ hingestellt, damit er keine Folgewirkung auf andere Staaten hat. Wenn die Briten das Gefühl haben, daß die EU sie über den Tisch ziehen will, dann brauchen sie gar kein Austrittsabkommen, um auszutreten. Nächstes Jahr wird ja der EU-Austritt vollzogen und man wird sehen, daß das Land ohne EU weiterexistiert - und höchstwahrscheinlich auch besser ...

Rund ein Drittel der Österreicher ist laut Umfragen für den Öxit, die gesamten Mainstream-Medien und Parlamentsparteien dagegen. Wie ist die Diskrepanz zu erklären?

Was informierte Bürger wollen, ist nie von den offiziellen Kreisen gewünscht, weil diese Organisationen in Brüssel haben. Die vielen Posten, die in Brüssel vergeben werden, auf unsere Kosten, sind sehr verlockend für Mainstream-Medien, Parteien oder Regierungen. Und die vertreten die normale Bevölkerung nicht mehr. Natürlich sehen das noch nicht alle Leute, daher scheint der EU-Austritt im Moment nicht mehrheitsfähig, aber die Leute werden draufkommen, daß dieser Weg sinnvoller wäre.

Sie haben mit einem Personenkomitee bei der Bundespräsidentenwahl für Norbert Hofer geworben und danach im Bund die FPÖ unterstützt. Was waren die Gründe und warum haben Sie sich dann von der FPÖ distanziert?

Einer der Hauptgründe war das Eintreten der FPÖ für eine direkte Demokratie nach Schweizer Muster: Es gab ja einen Bundesparteiantrag mit 100 Prozent Zustimmung zum Beschluß, einen Automatismus bei Volksabstimmungen erreichen zu wollen, der auch alle EU-Themen einschloß. Die direkte Demokratie nach Schweizer Muster wurde ja von der Parteiführung zur absoluten Koalitionsbedingung erklärt. Und das gleiche hat für das CETA-Abkommen gegolten, das uns enorm schaden wird, und das jetzt ratifiziert wurde, auch mit den Stimmen der FPÖ. Das hat sich ja schon im Regierungsprogramm niedergeschlagen, bei dem wir sofort gesehen haben, daß die FPÖ alle ihre wesentlichen Ziele über Bord geworfen hat, und dann war natürlich eine weitere Unterstützung unmöglich.

Welche Erwartungen haben Sie an die österreichische EU-Ratspräsidentschaft?

Geringe. Es wird wahnsinnig viel Geld kosten und ich glaube, sie wird uns noch mehr an die EU ausliefern, vor allem wird der Zentralismus in der EU weiter vorangetrieben. Sie wollen einen Finanzminister für die ganze EU, Österreich würde die Budgethoheit verlieren, auch wollen sie die Arbeitslosenversicherung EU-weit machen, sodaß die noch halbwegs intakten Länder die Arbeitslosenheere in den anderen Ländern zahlen müssten. Ich glaube nicht, daß das unsere Zukunft sein soll.

Glauben Sie noch an eine Volksabstimmung über den EU-Austritt und an eine Mehrheit dafür?

Ja. Die Menschen haben immer mehr Einbußen im persönlichen Leben, viele können sich die Wohnungen nicht mehr leisten, weil sich die Einkommen so negativ entwickelt haben. Die Menschen werden sich fragen, womit das zusammenhängt und wir werden mit unseren Unterstützern und Sympathisanten quer durch Österreich auch weiter faktenbasierte Informationsarbeit zum Thema leisten. Man muß Geduld haben.

Was wäre, wenn tatsächlich eine Mehrheit für den EU-Austritt zustande käme?

Das wäre ein äußerst sinnvoller Weg, sowohl volkswirtschaftlich, umweltpolitisch als auch für die Sicherung der Nahversorgung, etwa durch Bauern. Wir brauchen auch in Österreich wieder mehr Industrieproduktion. Natürlich würden wir uns nicht nach außen abschotten, sondern mit allen Staaten der Welt weiter Handel betreiben, aber auf einer fairen Basis mit beiderseitigen Rechten und Pflichten, so wie das ein Beitritt zur EFTA ermöglichen würde.



OFFENER PROTESTBRIEF vom 20.8.2018 an Verkehrsminister Ing. Norbert HOFER, stellvertretender Bundesparteiobmann der FPÖ

Betrifft: Sofortige Einstellung des gesellschaftszerstörenden ÖBB-Werbesujets für die „Family Card“ und Eindämmung jeglicher ähnlicher Tendenzen!

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Mit der Darstellung einer augenscheinlich homophilen Beziehung mit „gemeinsamem“ Kind als Werbesujet für die „**Family Card**“ der **ÖBB** soll eine individuelle Entscheidung zur gesellschaftlichen und bundesweit beworbenen Norm erhoben werden, die keinen Beitrag zu einer gemeinschaftserhaltenden Generationenfolge leisten kann. Dies ist eindeutig als weiterer im öffentlichen Raum wirksamer „bewußtseinsbildender“ Schritt zur Zerstörung der Keimzelle des Staates, der **natürlichen Familie** von Mann, Frau und Kind(ern) zu werten. Denn wenn es nur um eine Werbung für „Reisen mit Kindern“ generell gehen würde, müßte dafür nicht der Familienbegriff erhalten. Mit diesem Werbesujet wird offensichtlich eine ganz gezielte Wirkung beabsichtigt, die die ÖBB in einer auf die Kritik bezugnehmenden Twitter-Meldung ja selbst bestätigen mit den Worten: „...Familien gibt es in unterschiedlichsten Konstellationen und das ist gut so...“

Im Namen vieler ähnlich Denkenden fordern wir Sie, Herr Bundesminister, als politisch Verantwortlichen für das staatliche Unternehmen ÖBB hiermit auf, **nicht zuzulassen**, daß die ÖBB dieses Werbesujet auf Plakaten in Bahnhöfen und Zügen, auf Prospekten und im Internet tatsächlich verwendet bzw. - sollte dies bereits geschehen sein - wieder **entfernen** läßt. Da Sie schon mehrfach ihr gutes Arbeitsverhältnis mit dem Vorstandsvorsitzenden Mag. Mathä, den Sie von Ihrem Amtsvorgänger übernommen haben, betonten, kann es für Sie kein Problem sein, diesem eine entsprechende Weisung zu erteilen.

Dabei geht es nicht nur um dieses spezielle Werbesujet, sondern auch um die Tatsache, daß die ÖBB bereits seit Jahren die Vergünstigung durch die „Family Card“ auch für Kinder gewähren, die in keinem

Verwandtschaftsverhältnis zu den oder dem Erwachsenen stehen, der den entspr. Fahrschein bucht. Eine solche Vergünstigung sollte daher nicht FAMILY-Card, sondern KINDER-Card genannt werden, denn mit Familie hat sie ja nichts mehr zu tun.

Von allen Unterzeichnern, die hiermit die Meinung sehr vieler Menschen unseres Landes wiedergeben, wird die Tolerierung dieses Werbesujets (gemäß Medien-Meldungen) durch ausgerechnet einen freiheitlichen Minister als **empörend** empfunden. Kompakter als in diesem Sujet kann man die Agenda der totalitär-liberalen, völker- und familienfeindlichen, globalistischen Oligarchie nicht zusammenfassen! Die FPÖ hat sich jahrzehntelang für die **traditionelle Familie** (bzw. deren Ersatz durch Alleinerziehende wo notwendig) in einer kulturell-ethnisch relativ homogenen Gesellschaft eingesetzt, da nur eine solche auch den **sozialen Frieden** und das **Heraufwachsen von Kindern in Geborgenheit** ermöglicht. Deshalb wurde sie auch gewählt und von den Unterzeichnern unterstützt.



Wir erwarten daher zurecht, daß die FPÖ ihre diesbezügliche Verantwortung auch und gerade in einer „bürgerlichen“ Regierung wahrnimmt und in Hinkunft obigen zerstörerischen Tendenzen bereits im Vorfeld eine klare Absage erteilt, sodaß diese gar nicht erst in Erscheinung treten können!

Man wird auch Sie als Minister und Regierungskordinator daran messen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

*Dr. Alfons ADAM,
em. Rechtsanwalt aus Niederösterreich*

*Adolf BAUMGARTEN,
Hausverwalter aus der Steiermark*

*Georg DATTENBÖCK,
Pensionist aus Oberösterreich*

*Günther EDELMAYR, Antroposoph und
Vortragender aus Niederösterreich*

Siegfried EDER, Schriftsetzer aus Tirol

*Familie Vzlt. Erwin und DGKS Maria
FELLNER vom „Initiativkreis engagierter
Eltern und Großeltern“*

*Dr. med. Marcus und Mag.med.vet. Sonja
FRANZ, Internist und Tierärztin aus Wien*

*Christine HARNISCH,
Büroangestellte aus der Steiermark*

*Jakob HERBURGER, BA,
Angestellter, Niederösterreich*

*Jürgen und Friederike JAUCH,
Pensionist und Hausfrau aus Salzburg*

*Marlene KALTENBACHER,
freiberufliche Übersetzerin aus Wien*

*Viktor KOSCHELU, Heilmasseur, und
Mag.ª Nadesha KOSCHELU-DIMITROW,
Musikerin, aus Wien*

*Karoline LACKNER,
Management-Assistentin aus Tirol*

*Sen.R. Mag. Markus LECHNER, Volkswirt
und Magistratsbeamter i.R. aus Salzburg*

*Mag. Hermann MITTERER, Oberst des
Bundesheeres u. Pfarrgemeinderat aus Tirol*

*Dr. Franz-Joseph PLANK,
Tierarzt aus Niederösterreich*

*Mag.a Maria RANACHER,
„Erhaltung von Kunst- und Kulturerbe“*

*Inge RAUSCHER, Obfrau der „Initiative
Heimat & Umwelt“ aus Niederösterreich*

*Helmut SPERL,
Tischler aus Niederösterreich*

*Inge THÜRKAUF, Schauspielerin/Schrift-
stellerin / Publizistin/Vortragende aus
Deutschland – siehe im Anhang*

*Dr. Inge und Dipl.-Ing. Gerolf URBAN,
Steuerberaterin i.R. und Zivilingenieur
aus Kärnten*

*Hon.Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.
Heinrich WOHLMEYER,
Ressourcenökonom aus Niederösterreich*

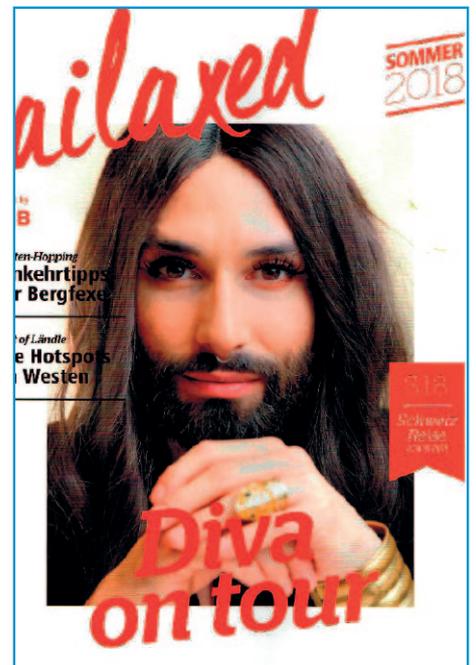
*Renate ZITTMAYR und Roland
HUEMER, Landwirte aus Oberösterreich*

P.S.: In den Kontext dieses offenen Protestbriefes paßt auch die aktuelle Ausgabe des **ÖBB-Magazins**, die den ganzen Sommer lang in der Hauptreisezeit in allen Waggons in allen Zügen in ganz Österreich zum Lesen aushängt. Am Titelblatt dieser Ausgabe (nebenstehende Abbildung) neben einem seitenfüllenden Foto von Herrn Tom Neuwirth („Conchita Wurst“) lautet die dazugehörige Schlagzeile „Diva on tour“/Sommer 2018. Damit wird der 1. Geburtstag dieses Magazins namens „**Railaxed**“ (Sprachverhuzung zum Quadrat) gefeiert und auf einen groß aufgemachten „Werbe“-Artikel für „**Conchita**“ im Inhalt des Magazins verwiesen. Die Eindämmung solcher „Tendenzen“ war eindeutig Ihr Wählerauftrag! Immerhin sind die **ÖBB zu 100 % im**

Besitz der Republik Österreich und haben Sie, Herr Verkehrsminister, daher dort alle Möglichkeiten der Durchsetzung, da Sie den Vorstand der ÖBB sehr rasch nach der Regierungsbildung ja selbst bestellt haben.

ANHANG: *Obwohl aus dem Ausland kommend, bin ich häufig auch Benutzerin der ÖBB und möchte daher diese Initiative unterstützen. Herr Verkehrsminister Norbert Hofer ist in Deutschland kein Unbekannter. Auf ihn wurden in der Vergangenheit große Hoffnungen gesetzt, vor allem auch in Bezug auf die Familie. Hier wäre für ihn eine Gelegenheit, sich für die traditionelle Familie von Mann, Frau und Kind einzusetzen.*

Inge M. Thürkauf, Deutschland



ANIMAL SPIRIT: Tierquälerei „im Namen Gottes“ endlich abschaffen!

**Betäubungsloses
Schächten muß ausnahmslos
verboten werden.**

Anhängern jüdischer und moslemischer Glaubensgemeinschaften „im Namen Gottes“ bzw. archaischer „Traditionen“ ist es erlaubt, seit Jahr und Tag Tiere **bei vollem Bewußtsein** aufzuschneiden und ausbluten zu lassen. Und zwar deshalb, weil nach wie vor gemäß der geltenden Gesetzeslage die sogenannte „**Religionsfreiheit**“ **dem Tierschutz übergeordnet** ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß betäubungsloses „rituelles“ Schächten durch einen Erlaß des „Tierschutz“-Ministeriums - zumindest für sogenannte „Hinterhof-Schlachtungen“ - eingeschränkt werden soll. Denn gemäß Ausnahmebestimmungen in diesem Gesetz dürfen für sogenannte „**rituelle Schlachtungen**“ den Tieren ohne Betäubung die Häulse aufgeschnitten werden. Nach § 32 Abs. 5,5 TSchG wäre zwar vorgeschrieben, „die Tiere unmittelbar nach Eröffnen der Blutgefäße wirksam zu betäuben“, doch das ist einerseits völlig impraktikabel (da die Tiere im grausamen Todeskampf wild um sich schlagen) und andererseits wird es auch so gut wie nie kontrolliert bzw. exekutiert. Dazu **Tierarzt Dr. Franz-Joseph Plank**, Obmann von ANIMAL SPIRIT:

Hier vollziehen sowohl Gesetzgeber als auch die kontrollierenden

Behörden einen Kniefall vor völlig veralteten, anachronistischen religiösen Vorschriften, die in dieser Form aber **weder im Koran noch in der Thora niedergeschrieben** sind. ANIMAL SPIRIT kämpft seit vielen Jahren gegen diese absurden Vorschriften, denn Tierquälerei ist auch dann noch Tierquälerei, wenn sie „im Namen Gottes“ geschieht. Dabei gibt es keinerlei „religiöses Gebot“, welches das Betäuben vor der Schlachtung verbieten würde. Das einzige, was in diesen Schriften „zwingend vorgeschrieben“ ist, ist das Gebot, daß das Fleisch blutleer sein muß, was aber - ob mit oder ohne Betäubung - NIE der Fall ist; es bleiben immer Blutreste in Kapillaren, kleinsten Blutgefäßen zurück, was jeder Tierarzt bestätigen kann.

Der **Grund** für dieses archaische Treiben liegt im Judentum in der Erzählung der Beinahe-Opferung Isaaks (Genesis 22, 1-19) durch Abraham, und im Islam das Gedenken an den Propheten Ibrahim, der bereit war, seinen Sohn Ismail an Allah zu opfern. Nach islamischem Glauben sollte jeder wirtschaftlich Bessergestellte ein Tieropfer bringen. Aber dies muß keineswegs betäubungslos erfolgen, denn eine „in-Ohnmacht-Versetzung“ der Tiere durch reversible Elektrobetäubung wird nämlich von maßgeblichen islamischen Religionsautoritäten als absolut religionskonform angesehen - ebenso

mittlerweise auch eine gottgefällige **Geldspende, gegeben an Arme**. Es bestünde also für Muslime in Österreich gar kein Grund, betäubungslos zu schächten!

Aber: Vor allem die während des islamischen „**Schlacht-Opferfestes**“ KURBAN BAYRAMI - heuer vom 21. bis 24. August - auch in Österreich **tausendfach** stattfindenden „Hinterhof-Schlachtungen“ können oder wollen gar nicht wirksam kontrolliert oder gar unterbunden werden, wie ein dafür zuständiger Amtstierarzt Hrn. Dr. Plank anvertraut hat: Er traue sich gar nicht zu so einem Massaker hin, wenn da blutverschmierte bärtige Männer mit langen Messern herumlaufen würden... „Dieser neue Erlaß ist somit wohl auch nicht viel mehr als eine weitere Augenauswischerei, um die emotionale Debatte in der Bevölkerung im Keim zu ersticken“, so Dr. Plank.

Mittlerweile leben in Österreich mehr als **700.000** Menschen muslimischen Glaubens, die sich ihrer Tradition gemäß verpflichtet fühlen, mindestens **ein Rind, Schaf oder Ziege pro Familie** zu „opfern“, sprich betäubungslos schächten zu lassen. Jeder kann sich die detaillierten, auch wissenschaftlich fundierten Beschreibungen vorstellen, wie sehr die betroffenen Tiere bei diesem Tötungsprozeß leiden müssen und wie lange, nämlich bis zu zehn Minuten, dieser dauert. Anlässlich

einer Demonstration einer anderen Tierschutzorganisation während des Kurban-Bayrami-„Festes“ im August 2018 vor einer derartigen Schlachtanlage im Weinviertel, an der auch Dr. Plank teilnahm, berichtet dieser: „Im Minutentakt kamen verschiedene Oberklasse-PKW mit Muslimen vorbei und haben sich dort ihre vorbestellten „Halal“-Fleischteile in großen Kisten abgeholt. In einem abgewrackten alten Bauernhof wurden dort **an die tausend (!)** Schafe geschächtet - zum Großteil aus Rumänien herangekarrt, die davor tagelang, meist ohne Versorgung der prallen Sonne (noch während der großen Hitzewelle) ausgeliefert waren. Laut Auskunft des leitenden Polizeibeamten bei der Demo vor Ort war angeblich **ein (!)** Tierarzt im Gelände anwesend, den Namen konnte oder wollte er nicht sagen...

Ähnliches hatte sich am Tag davor am Vereinsort von ANIMAL SPIRIT in 3053 Brand-Laaben zugetragen. Dort hatte ein Türke, der eine Rinderzucht betreibt und erst kürzlich einen Schlachtraum errichtete, Dutzende seiner Landsleute mit frischem Halal-Fleisch seiner wohl ebenfalls geschächten Rinder bedient. Auf Anfrage beim zuständigen Amtstierarzt, ob dieser auch eine **Schächtbewilligung** habe, hieß es, daß dies **Amtsgeheimnis** sei und dem Datenschutz unterliege.

Viele österreichische (Bio-) Bauern können oder dürfen keine Hofschlachtungen mehr durchführen, weil sie sich die rigorosen „Hygiene“-Vorschriften der EU für einen Schlachtraum nicht leisten können. Oft überlange Lebendtiertransporte zu einem EU-Schlachthof sind nämlich „besser“. Aber jeder Türke bekommt offenbar problemlos in jedem heruntergekommenen „Bauernhof“ die Bewilligung für eine Schächt-Schlachtanlage? Warum ist es quasi ein Staatsgeheimnis für die Öffentlichkeit, wo sich diese (angeblich) bewilligten Schächt-Schlachthöfe in Österreich befinden? Wie sieht es dort mit den EU-Hygiene-Bestimmungen aus? Dr. Plank abschließend:

„Aus all diesen Gründen fordern wir von der Politik, endlich ein absolutes Verbot des betäubungslosen Schlachtens - ohne jegliche Ausnahmen - gesetzlich zu verankern. Wir appellieren zudem zusätzlich

an alle zuständigen Bezirks- und Veterinärbehörden, die seit 2013 in der Verfassung verankerte Staatszielbestimmung Tierschutz endlich wirksam umzusetzen, keine Ausnahmegenehmigungen zum betäubungslosen Schächten zu erteilen, sowie beim heurigen Kurban Bayrami-Opferfest besonders auf Verstöße gegen das Tierschutzgesetz, Schlachtvorschriften und Hygienebestimmungen zu achten. Illegal geschächtete Tiere müssen beschlagnahmt und Landwirte, welche die Tiere verkaufen, obwohl sie annehmen müssen, daß diese gesetzwidrig geschächtet werden sollen, oder gar solche tierschutzwidrigen Schlachtungen auf ihrem Hof dulden, müssen ebenfalls bestraft werden.

Durch pathologische Untersuchungen kann übrigens jederzeit bei einem getöteten Tier noch im nachhinein festgestellt werden, ob es mit oder ohne Betäubung geschächtet wurde. Die Behörden müssen angewiesen werden, besonders auf Verstöße gegen Gesetze (Schaftransport im Autokofferraum, Schwarzschachtungen in Asylheimen, auf Bauernhöfen oder am Feld, in der Badewanne, etc.) zu achten und auch entsprechenden Hinweisen aus der Bevölkerung explizit nachzugehen.“

ANIMAL SPIRIT gab am 20. August eine einschlägige APA-OTS-Presseaussendung an hunderte österreichische Medien und Journalisten hinaus und sandte am 30.8. einen diesbezüglichen **„offenen Brief“ mit rund 300 Unterzeichnern an Vizekanzler Strache**, zu dessen Wahlversprechen auch der Tierschutz gehört hatte. Denn wieso ist ein absolutes Verbot des betäubungslosen Schlachtens in anderen europäischen, auch EU-Ländern möglich - nämlich in der Schweiz, in Norwegen, Schweden, Dänemark, Polen, Liechtenstein, Island und Holland, nicht aber in Österreich? Seit kurzem gibt es dazu auch eine **Online-Petition auf:**

www.animal-spirit.at

Rückfragehinweis:

Dr. Franz-Joseph PLANK
Tel. 02774/29330
office@animal-spirit.at

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 30 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Eintritt: freie Spende

INITIATIVE
Heimat & Umwelt



Einladung zum öffentlichen
Vortrags- und Diskussionsabend

DIE GLOBALE DIMENSION DER VÖLKERWANDERUNG

am **Donnerstag, 11. Oktober**, um **19 Uhr**

in **WIEN** im 22. Bezirk/Donaustadt

im **Gasthof „GOLDENER HIRSCH“**, Hirschstettner Straße 83

*zwischen U-1-Station „Kagran“ und U-2-Station „Aspernstraße“ sowie
Autobus 22a bei „Hirschstetten Ort“ oder „Hirschstetten“*

Es spricht:

Univ.-Prof. Dr. Hans KÖCHLER

Präsident der „International Progress Organisation“

Moderation:

Inge RAUSCHER, Obfrau der IHU

Imbißmöglichkeit vor Vortragsbeginn

Hans KÖCHLER war jahrzehntelang ordentlicher Professor und Vorstand des Instituts für Philosophie an der Universität Innsbruck. Er schrieb zahlreiche Sachbücher, darunter „Philosophie - Recht - Politik“ (1985), „Democracy and the International Rule of Law“ (1995), „Force or Dialogue“ (2015), hält laufend Vorträge in vielen Staaten der Welt, u.a. am 1.7.2018 in Berlin zum Thema „Die Wiederherstellung des Völkerrechts“ - siehe <https://www.solidaritaet.com/neuesol/2018/31/koechler.htm> Köchler war Mitverfasser des „Appells von Juristen gegen den Atomkrieg“, ist ein Verfechter der direkten Demokratie, und erklärte in einem Interview bereits 2015 u.a.:

„..... Die europäischen Staaten müßten endlich bereit sein, das zu tun, was sie gemäß der Verfassung und gemäß der Definition der Staatlichkeit vorrangig zu tun haben, nämlich das **Territorium des jeweiligen Staates zu schützen**. Die Behörden müssen sicherstellen, daß die Grenzen nicht von einer beliebigen Zahl von Menschen unkontrolliert überschritten werden können. Was die **Beziehungen zwischen islamischer und westlicher Welt** betrifft, so ist entscheidend, daß im **Dialog** jeder bereit ist, auf der Grundla-

ge seiner Selbstbestimmung und seiner **Identität** mit dem anderen das Gespräch zu führen. Das heißt nicht, daß z.B. die Menschen in den westlichen Ländern gezwungen wären, die Menschen aus dem anderen Bereich bei sich aufzunehmen, wie man auch den Menschen in den Ländern der islamischen Zivilisation nicht zumuten kann, daß dort die westlichen säkularen Werte implantiert werden. Würde man dies verlangen, würde man die Idee des Dialoges als solchen negieren.

Denn letztlich geht es darum, daß das identitätsstiftende kulturelle Selbstverständnis sich entwickelt, indem man sich **in Bezug zu setzen und abzugrenzen** imstande ist von einem anderen Selbstverständnis und Welthorizont. Das Ziel ist also nicht eine Vermischung, sondern die Herausbildung eines reifen Selbstverständnisses in Interaktion mit anderen Kulturen. Die großen Zivilisationen der Weltgeschichte hatten dann Bestand, wenn sie in der Lage waren, sich in Bezug zu setzen zu anderen. Wenn sie diese Fähigkeit verloren haben, dann haben sie schon den eigenen Untergang besiegelt.“

Näheres siehe: www.hanskoechler.com, www.i-p-o.org